



H 5



entwertet

UB Braunschweig

84



4725-399-1





Verordnungs-Sammlung

für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

08013 863

5ter Jahrgang 1818.



Zweite Auflage.

Braunschweig,

gedruckt in der Fürstl. Waisenhaus-Buchdruckerei.

I.

I n h a l t

der

in dem 5^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
Sammlung

befindlichen Nummern.

- I. (1.) **V**erordnung über die Anwendung der Westfälischen Gesetze auf bürgerliche Rechtsverhältnisse. D. D. Carlton House, den 2ten Januar 1818.
- (2.) Verordnung, die Mortificirung der auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen und das dabei zu beobachtende gerichtliche Verfahren betreffend. D. D. Carlton House, den 6ten Januar 1818.
- II. (3.) Verordnung wegen der Nachsteuer- und Abzugsfreiheit. D. D. Carlton House, den 2ten Januar 1818.
- III. (4.) Declaration, die den gemeinen Soldaten Schulden halber zu machenden Löhnungsabzüge betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten März 1818.
- IV. (5.) Declaration, die Competenz des Fürstlichen Landesgerichts in Ehefachen betreffend. D. D. Braunschweig, den 4ten Mai 1818.
- V. (6.) Verordnung wegen der Feier des Sieges bei Waterloo. D. D. Braunschweig, den 1sten Junius 1818.
- VI. (7.) Verordnung, die zum Andenken des Feldzugs im Jahre 1815 dem hiesigen Militair bewilligte Medaille betreffend. D. D. Braunschweig, den 11ten Junii 1818.

- VII. (8.) Verordnung, die mit dem Königlich Preussischen Gouvernement wegen der durch die hiesigen Lande führenden Militärstraße für die Königl. Preussischen Truppen abgeschlossene Durchmarsch- und Etappen-Convention betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten Junius 1818.
- (9.) Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii Bekanntmachung, die den Quartierpflichtigen für das durchmarschirende Königl. Preussische Militair bewilligten Entschädigungsfälle betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten Junius 1818.
- VIII. (10.) Verordnung, die bei der Husaren-Schwadron anzustellenden Fußjäger betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten Julius 1818.
- IX. (11.) Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii Bekanntmachung, die Hessischen Albus und Gutegroschenstücke betreffend. D. D. Braunschweig, den 3ten August 1818.
- X. (12.) Verordnung, die Eröffnung der niedern Jagd für das laufende Jahr betreffend. D. D. Braunschweig, den 17ten August 1818.
- XI. (13.) Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii Bekanntmachung, die diesjährige Gedächtnissfeier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 25sten September 1818.
- XII. (14.) Verordnung wegen der bei Aufnahme der Notariats-Instrumente zu gebrauchenden Siegel. D. D. Braunschweig, den 5ten October 1818.
- XIII. (15.) Verordnung, die Festsetzung einer Frist zur Einreichung sämmtlicher bislang noch nicht realisirter, über die Anleihe vom Jahre 1814 lautender Anweisungen und Zins-Coupons betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten November 1818.
- XIV. (16.) Verordnung wegen nochmaliger Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 1sten December 1818.

II.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

zur

Verordnungs-Sammlung

des Jahres 1818.

Seite

A bzüge, die den gemeinen Soldaten Schulden halber von der Löhnung zu machenden . .	25 — 26
A bzugs- und Nachsteuerfreiheit in den zum deutschen Bunde gehörigen Staaten, Bekanntmachung des darüber von der deutschen Bundesversammlung am 23sten Junius 1817 genommenen Beschlusses	21 — 24
A lbus und Gutegroschenstücke, Hessische, deren fernere Nichtannahme bei den öffentlichen Cassen und Bestimmung deren Werths im allgemeinen Verkehr	69 — 70
A nleihe vom Jahre 1814, die Festsetzung einer Frist zur Einreichung sämmtlicher über selbige lautender, bislang noch nicht realisirter Anweisungen und Zinscoupons bei Fürstl. Generalkasse	85 — 87

C.

Consens, Älterlicher zu einer beabsichtigten Ehe, vor welchem Gerichte die Klage auf dessen Supplication anzubringen, S. Ehesachen.

Convention, Durchmarsch- und Etappen-, zwischen dem hiesigen und dem Königl. Preussischen Gouvernement s. Durchmarsch und Etappen-Convention.

Coupon, Zins-, noch nicht realisirte über die Anleihe von 1814, Festsetzung einer Frist zu deren Einreichung bei Fürstl. General-Casse

85 — 87

D.

Dienste, in der Westfälischen Zeit abgelöste, s. Westfälische Geseze.

Durchmarsch- und Etappen-Convention, die mit dem Königl. Preussischen Gouvernement wegen der durch die hiesigen Lande führenden Militairstraße für die Königlich Preussischen Truppen abgeschlossene.

45 — 59

— Haupt-Etappenort und die dazugelegten Etappen-Bezirke

46 — 47

— Bestimmungen wegen der Dislocation, Nachtquartiere und Ruhetage der Truppen . . .

47 — 48

— Einrichtung der Marschrouten und Benachrichtigung der Behörden von den Truppenmärschen

48 — 49

— welche Militairpersonen zum Quartier und Verpflegung bei den Einwohnern oder in den Ordonnanzhäusern (Baracken) berechtigt sind

49 — 50

— Bestimmung der Utensilien, welche in den Ordonnanzhäusern vorhanden seyn müssen

50

R e g i s t e r.

VII

Seite

— Beschaffenheit und Quantität der den Truppen zu verabreichenden Lebensmittel	50 — 51
— Die Königl. Preussischer Seite dafür zu zahlende Vergütung	51
— Verquartierung und Verpflegung der Weiber und Kinder von Militairpersonen	51 — 52
— die den Pferden anzuweisende Stallung und die Lieferung, Distribution und Verichtigung der Fourage, Rationen	52 — 54
— Stellung der Transportmittel und deren Vergütung	54 — 56
— die vom Militair requirirt werdenden Fußboten und Begleiter und das denselben zu vergütende Botelohn	56
— Befugnisse des Königl. Preussischen Etappen-Inspectors zu Hildesheim	56
— Beilegung der zwischen den Bequartierten und den Soldaten entstehenden Differenzen	56 — 57
— Verpflichtungen der Etappenbehörde und der commandirenden Königl. Preussischen Officiere	57
— Dauer dieser Convention	57 — 58
— welche Stipulationen wegen der Liquidation während des Aufenthalts der Occupations-Armee in Frankreich, so wie bei deren Rückmarsche gelten sollen	58

G.

Gefachen, die Competenz des Fürstl. Landesgerichts in selbigen insonderheit in Hinsicht der auf Supplirung des älterlichen Heiraths-Consenses gerichteten Klagen	29 — 31
Entschädigungssätze, die den Quartierpflichtigen	

für das durchmarschirende Königl. Preussische Militair bewilligten	59 — 60
Etappen-Convention, die mit dem Königl. Preussischen Gouvernement wegen der durch die hiesigen Lande marschirenden Königl. Preussischen Truppen abgeschlossene, s. Durchmarsch, und Etappen-Convention.	

F.

Feier, diesjährige, des Sieges bei Leipzig . .	77 — 78
— — — — bei Waterloo .	33 — 34
Fideicommiss, in Ansehung deren in der Westfälischen Zeit Veränderungen vorgegangen, s. Westfälische Gesetze.	
Fremde Gesetze, deren Anwendung auf bürgerliche Rechtsverhältnisse, s. Westfälische Gesetze.	
Fußjäger, die bei der Husaren-Schwadron anzustellen den	61 — 66
• Uniform derselben	62
— Vertheilung der vereinigten Husaren und Fußjäger im Lande	62 — 65
— Dienstpflichten der Fußjäger	65

G.

Geldzinsen, in der Westfälischen Zeit abgelöst, s. Westfälische Gesetze.	
Gesetze, Westfälische, deren Anwendung auf bürgerliche Rechtsverhältnisse, s. Westfälische Gesetze.	
Gutegroschenstücke und Albus Hessische, deren fernere Nichtannahme bei den öffentlichen Cassen	

sen und Bestimmung deren Werths im Allgemeinen Verlehr	69 — 70
--	---------

H.

Hessische Albus und Gutegroschenstücke, deren fernere Nichtannahme in den öffentlichen Cassen und Bestimmung ihres Werths im allgemeinen Verlehr	69 — 70
Heiraths=Consens, älterlicher, vor welchem Gerichte die Klage auf dessen Supplirung anzubringen, s. Ehesachen.	
Husaren=Schwadron, die mit derselben vereinigten Fußjäger, s. Fußjäger.	
Hypotheken, Anmeldung derselben, die nochmalige Verlängerung der Frist dazu bis zum 31sten December 1819	88 — 90

J.

Jäger, die mit der Husaren=Schwadron vereinigten Fußjäger, s. Fußjäger.	
Jagd, niedere, die Eröffnung derselben für das Jahr 1818	73 — 74

L.

Landesgericht, die Competenz desselben in Ehesachen, s. Ehesachen.	
Landes=Obligationen, ältere hiesige, welche von Käufern des zur Westfälischen Zeit veräußerten herrschaftliche Eigenthums an Zahlungs=Statt gegeben worden, s. Westfälische Gesetze.	

Lehne, in der Westfälischen Zeit allodificirte oder veräußerte, . s. Westfälische Gesetze.	
Leipzig, diesjährige Gedächtnissfeier des daselbst erlangenen Sieges	77 — 78
Löhnungsabzüge, die den gemeinen Soldaten Schulden halber zu machenden	25 — 26

M.

Medaillen, die zum Andenken des Feldzuges im Jahre 1815 dem hiesigen Militair bewilligten	37 — 42
— Beschreibung derselben und wie solche zu tragen	38
— Bestimmung der zu dieser Auszeichnung Berechtigten	39
— sowie derer, welche davon ausgeschlossen seyn sollen	40 — 42
Militair, Königl. Preussisches, durch die hiesigen Lande marschirendes, die wegen desselben mit dem Königl. Preussischen Gouvernement abgeschlossene Convention, s. Durchmarsch- und Etappen-Convention.	
— Die den Quartierpflichtigen für selbiges bewilligten Vergütungsätze	59 — 60
Militairpersonen, die denselben und zwar den gemeinen Soldaten Schulden halber zu machenden Löhnungsabzüge	25 — 26
Mortificirung, die der auf den Inhaber gestellten Schulderschreibungen, . s. Schulderschreibungen.	

N.

Nachsteuer und Abzugsfreiheit in den zum deut-

R e g i s t e r.

x1

Seite

schen Bunde gehörigen Staaten, Bekanntmachung des darüber am 23sten Junius 1817 von der deutschen Bundesversammlung genommenen Beschlusses	21 — 24
Notariats-Siegel, die bei Aufnahme von Notariats-Instrumenten zu gebrauchenden . .	81 — 83

D.

Obligationen, die Mortificirung der auf den Inhaber gestellten, s. Schuldverschreibungen.

P.

Preussisches Militair, durch die hiesigen Lande marschirendes, die wegen desselben mit dem Königl. Preussischen Gouvernement abgeschlossene Durchmarsch- und Etappen-Convention s. letztere.

— Die den Quartierpflichtigen für selbiges bewilligten Vergütungssätze	59 — 60
--	---------

R.

Renten, in der Westfälischen Zeit abgelöste, s. Westfälische Gesetze.

S.

Schuldenverschreibungen, die Mortificirung der auf den Inhaber ausgestellten und das dabei zu beobachtende gerichtliche Verfahren . .	14 — 19
— Bestimmung des Gerichts, an welches der hierauf abzuwendende Antrag zu richten . .	15

	Seite
— womit derselbe zu begründen	15 — 16
— wie es mit der Arrestanlage auf das schuldige Capital zu halten	16
— die zur Sicherstellung des Schuldners gegen dritte Inhaber der Obligation zu erlassende Edictalladung und die darin vorzuschreibende Präklusivfrist	16 — 17
— das Erkenntniß über die Präclusion und Morstificirung	17 — 18
— wer zur Berichtigung der Kosten dieses Verfahrens verbunden seyn soll	18
Schuldverschreibungen, welche zur öffentlichen Schuld des Herzogthums Braunschweig gehört haben und von den Käufern in der Westfälischen Zeit veräußerten Staats-Eigenthums an Zahlungsstatt abgeliefert sind, s. Westfälische Gesetze.	
Siegel, die bei Aufnahme der Notariats-Instrumente zu gebrauchenden	81 — 83
Soldaten, gemeine, die denselben Schulden halber zu machenden Löhnungsabzüge	25 — 26

B.

Bergütungsätze, die den Quartierpflichtigen für das durchmarschirende Königl. Preussische Militair verwilligten	59 — 60
--	----------------

B.

Waterloo, Gedächtnißfeier des daselbst erfochtenen Sieges	33 — 34
--	----------------

Weißpfennige, Hefische, deren fernere Nichtaufnahme in den öffentlichen Cassen und Bestimmung ihres Werths im allgemeinen Verkehr	69 — 70
Westfälische Gesetze, deren Anwendung auf bürgerliche Rechtsverhältnisse	1 — 13
— Bestimmung des Zeitraums, über welchen hinaus die Gesetzeskraft derselben im Herzogthum Braunschweig außer der freien Einwilligung der betreffenden Theile sich nicht erstrecken kann	2
— welche Rechtsverhältnisse und Verträge nach denselben noch zu beurtheilen	2
— was unter freier Einwilligung der betreffenden Theile zu verstehen	3
— wer als gültiger Contrahent zu betrachten sowohl überhaupt als hinsichtlich des öffentlichen Corporationen gehörigen Eigenthums	3 — 4
— Frist zur Aufkündigung der hienach als rechtsbeständig nicht zu betrachtenden Verträge	4 — 5
— Bestimmungen wegen der Verbindlichkeit zur Entschädigung bei Zurücknahme des rechtsungültig veräußerten Eigenthums sowohl überhaupt, als besonders auch in Hinsicht der Staatsverwaltungsbehörden, wenn die Käufer öffentlichen Eigenthums dafür hiesige Landesobligationen an Zahlungsstatt gegeben haben	5 — 6
— wie es mit den in der Westfälischen Zeit allodificirten oder veräußerten Lehen zu halten	6 — 10
— desgleichen mit Fideicommissen, in Ansehung derer in der Westfälischen Zeit Veränderungen vorgegangen	10
— nähere Bestimmungen der Grundsätze, welche hinsichtlich der durch die fremden Gesetze auf-	

gehobenen und nun wieder in Wirksamkeit tretenden oder aber der auf den Grund der fremden Gesetze abgelöst und jetzt wieder in den vorigen Zustand zu setzenden Rechte und Verpflichtungen, insonderheit der abgelösten Zehnten, Dienste, Geldzinsen u. zu beobachten . 10 — 13

3.

Zehnten, in der Westfälischen Zeit abgelöst, s. Westfälische Gesetze.

Zins-Coupon, noch nicht realisirte über die Anleihe von 1814. Frist zur Einreichung derselben bei Kärstl. General-Casse . . . 85 — 87.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 1. ✓

Braunschweig, den 29. Januar 1818.

- (1.) Verordnung über die Anwendung der Westphälischen Gesetze auf bürgerliche Rechtsverhältnisse. D. D. Carlton-House, den 2ten Januar 1818.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da über die richtige Anwendung des §. 9. der Verordnung vom 15ten Januar 1814, wonach alle zur Entscheidung der Gerichte kommende Gegenstände nach denjenigen Rechten beurtheilt werden sollen, welche zu der Zeit Gesetzeskraft hatten, als das Geschäft, von welchem die Rede ist, seine Entstehung erhielt, mehrere Zweifel entstanden sind, welche eine nähere Bestimmung nothwendig machen, so wollen Wir hiedurch die allgemeinen Grundsätze feststellen, welche der Beurtheilung der vor-

Neue Auflage

kommanden Rechtsverhältnisse zur Richtschnur dienen müssen, und verordnen demnach Folgendes:

§. 1.

Der Zeitraum, in welchem die fremden bürgerlichen Rechte im Herzogthume Braunschweig Geseßkraft gehabt haben, erstreckt sich vom 1sten Januar 1808 bis zum 28sten Februar 1814.

§. 2.

Ueber diesen Zeitraum hinaus kann sich die Wirkung der fremden bürgerlichen Geseße, außer dem Falle der freien Einwilligung der betreffenden Theile, nicht erstrecken.

§. 3.

Die Wirksamkeit der fremden bürgerlichen Geseße hat daher aufgehört, in allen den, in das Gebiet des bürgerlichen Rechts gehörigen Fällen, wo ~~dadurch~~ ^{ohne} hinzugekommene freie Einwilligung der betreffenden Theile, Rechte und Verpflichtungen für künftige aufgehoben oder anders bestimmt worden, welche früher den Berechtigten zustanden; und treten daher dieselben, insofern nicht durch freie Uebereinkunft der Berechtigten und Verpflichteten ein anderes bestimmt worden, wieder in ihre vorige Wirksamkeit.

§. 4.

Dagegen sind nach den fremden Geseßen zu beurtheilen:

- 1) Alle unter deren Wirksamkeit entstandenen persönlichen bürgerlichen Rechtsverhältnisse, wenn dieselben

bereits vor dem 1sten März 1814 vollständig erworben waren;

- 2) alle bürgerliche Verträge, welche innerhalb des vorerwähnten Zeitraums, unter freier Einwilligung beider Theile, auf eine zu Recht beständige Weise, abgeschlossen worden.

§. 5.

Als freie Einwilligung des einen oder des andern Theils ist aber nicht zu betrachten, wenn eine Verfügung fremder Behörden, oder ein Gesetz der fremden Herrschaft, die Nothwendigkeit solcher Einwilligung, oder die Bedingungen vorschrieb, unter welchen sie ertheilt werden mußte.

§. 6.

Als gültig contrahirender Theil ist nur derjenige zu betrachten, welchem die Befugniß, über den fraglichen Gegenstand zu verfügen, vor dem 1sten Januar 1808 rechtmäßig zustand, oder auf welchen sie seitdem durch einen gültigen Rechtstitel übergegangen.

§. 7.

Derjenige, welcher durch fremde Gewalt, während des mehrerwähnten Zeitraums in den Besitz des fraglichen Gegenstandes gesetzt war, ist nicht als ein solcher anzusehen, welcher darüber rechtsgültig verfügen konnte.

§. 8.

Als rechtmäßiger Verwalter, mithin als gültiger Contrahent über öffentliche oder Corporationen gehöriges Eigenthum, ist nur diejenige Behörde zu betrachten, welche vor dem 1sten Januar 1808 damit verfassungsmäßig

beauftragt war, oder seit dem 1sten Novbr. 1813 damit beauftragt worden.

§. 9.

Alle Verträge und sonstige Verfügungen sind nur unter den Partheien gültig, welche sie abgeschlossen haben, den Rechten anderer Personen aber völlig unnachtheilig, wenn diese Rechte durch die fremde Gesetzgebung einstweilen unterdrückt gewesen.

§. 10.

Nur dann können dergleichen Verträge ihre vollständige Gültigkeit erlangen, wenn dazu diejenigen, deren Zustimmung, den Rechten nach, erforderlich, selbige aus freier Entschließung erteilt haben, oder noch erteilen werden.

§. 11.

In Ansehung aller Verträge und sonstiger Verfügungen, welche nach Vorstehendem als zu Recht beständig nicht zu betrachten, steht beiden Theilen die Aufkündigung dahin frei, daß der Gegenstand wieder in denjenigen Zustand gesetzt werde, worin sich derselbe vor der, unter der Herrschaft der fremden Gesetze damit vorgenommenen Veränderung befunden hat. Damit jedoch der Rechtszustand möglichst gesichert werde, wird zu der Aufkündigung solcher Verträge hiedurch eine Frist von Zwei Jahren, vom Tage der Publication der gegenwärtigen Verordnung angerechnet, bestimmt. Nach deren Ablauf soll angenommen werden, daß beide Theile in die unwiderrufliche Fortdauer des Vertrages eingewilliget haben, jedoch unbeschadet der Rechte dritter Perso-

nen, deren Einwilligung zu solchem Vertrage nicht erfolgt ist.

§. 12.

Derjenige, welcher solchergestalt veräußertes Eigenthum oder Gerechtsame wieder zurücknehmen würde, ist schuldig, denjenigen, welcher dieselben zurückzugeben hat, wegen des etwa erlegten Kaufpreises, und sonst nach Vorschrift der gemeinen Rechte, zu entschädigen, insofern der erstere selbst, oder Personen, deren Handlungen er zu vertreten schuldig, die Veräußerung vorgenommen.

§. 13.

In Fällen, wo der zur Zurücknahme Berechtigte nicht die Handlungen des Veräußernden zu vertreten verpflichtet ist, kann derjenige, von welchem das Object zurückgenommen wird, sich wegen des Kaufpreises und sonstigen Entschädigung nur an denjenigen halten, mit welchem er contrahirt hat.

Sollten aber Staats-Verwaltungs-Behörden sich in dem Falle der Zurücknahme von Gegenständen befinden, welche auf eine für sie unverbindliche Weise veräußert worden: so sollen dennoch, wenn der Käufer nachweisen würde, daß er dafür Schuld-Verschreibungen mit überliefert habe, welche ursprünglich zu der öffentlichen Schuld des Herzogthums Braunschweig gehörten, und von der damaligen Behörde amortisirt worden, und daß er daher, wenn er den anmaßlichen Handel nicht eingegangen, anjezt noch der rechtmäßige Besitzer der gedachten öffentlichen Schuld-Verschreibungen, oder derjenigen, welche in deren Stelle getreten, gewesen wäre, ihm sol-

die Schuld-Verschreibungen wieder ausgehändigt, und er dadurch, in Ansehung der öffentlichen Schuld, wieder in den Zustand gesetzt werden, in welchem er sich befunden haben würde, wenn der anmaßliche Kauf oder Ablösung nicht eingetreten wäre.

Die rückständigen Zinsen auf solche Schuldforderungen können aber nur von dem Tage zu laufen anfangen, wo die Verwaltungs-Behörde wieder in den Besitz des veräußert gewesenen Gegenstandes gekommen ist.

§. 14.

Wenn nun gleich hiernach die etwa zur Frage kommenden Fälle allodificirter oder veräußerter Lehne, oder deren Pertinenzen, sehr leicht, nach weiterer Anleitung der Rechte, zu entscheiden seyn werden, so macht dennoch die besondere Beschaffenheit erforderlich, deshalb noch hierdurch zu bestimmen:

- 1) Wenn ein, ohne Zustimmung des rechtmäßigen Lehnherrn, oder der Lehnfolger, allodificirtes Lehn bereits durch Erbgang in den Besitz von Personen gekommen wäre, welche dazu, dem Lehnrechte zufolge, nicht berechtigt, und dasselbe von denjenigen, welche zu dessen Besitze, nach Lehnrecht, berechtigt, rechtlich zurückgefordert würde; so sollen die bisherigen Besitzer von der Erstattung der bis zur angestellten Klage gewonnenen Früchte befreiet bleiben, die, auf die, von dem Grundstücke noch nicht getrennten (pendenten) Früchte verwandten Kosten aber, so wie auch die Zinsen von den ihnen etwa

zurückzugebenden Capitalen, von Zeit der angestellten Klage an, erstattet werden.

- 2) Den Vasallen, welche, in Gefolge der fremden Gesetzgebung, etwa Lehne oder Theile derselben, ohne Einwilligung des rechtmäßigen Lehnsherrn, veräußert oder sonst verändert haben sollten, soll die nach den Gesetzen darauf haftende Strafe des Verlustes erlassen seyn, jedoch nur, insofern sie das Lehn binnen Zwei Jahren, vom Tage der Publication der gegenwärtigen Verordnung an zu rechnen, wieder in den vorigen Stand zurückführen, oder, wenn sie solches im Wege der Güte nicht vermögten, deshalb vor Gericht die nöthigen Anträge gemacht haben, als wozu sie, auch wenn sie selbst der veräußerte Theil gewesen, ihrer aufhabenden Lehnspflichten halber verbunden sind, insofern sie nicht zu der vorgenommenen Veränderung des Lehnes die von dem freien Entschlusse des Lehnsherrn abhängende lehnsherrliche Einwilligung zu erwirken vermögten.

Die Entschädigung, welche der Veräußernde, oder diejenigen, welche durch seine Handlungen verpflichtet sind, den bisherigen Besitzern zu leisten haben, ist, in Entstehung gütlicher Uebereinkunft, nach Vorschrift der gemeinen Rechte zu bestimmen.

Nach Ablauf von obermähnten Zwei Jahren tritt gegen den Vasallen, welcher seine unbefugten Veränderungen des Lehns nicht zur Zufriedenheit des Lehnsherrn umgebessert, oder um sie in den vorigen Stand zurückzuführen, die erforderlichen ge-

richtlichen Anträge gemacht haben würde, die Strenge der Vorschriften des Braunschweigischen Lehnrechts wieder ein.

- 3) Abtretungen von Lehen an Personen, welche, obwohl nicht die nächsten Lehnfolger, doch in der Mitbelehnenschaft begriffen, sind nicht als ungültig oder der Zurücknahme von Seiten des Abtretenden, unterworfen zu betrachten, jedoch den Rechten näherer Lehnfolger, wenn sie nach den Lehnrechten die Reihe zur Lehnfolge trifft, völlig unnachtheilig.
- 4) Die Rechte der Lehnfolger und Lehnherren an etwa veräußerten Lehen bleiben ihnen, wenn sie in die Veräußerung nicht eingewilligt, unverändert; sie können dieselben aber vom dritten Besitzer erst dann zurückfordern, wenn sie der durch die Lehnrechte bestimmten Reihfolge nach zum Besitze der Lehne berufen sind. Was sie sodann dem dritten Besitzer an Kaufgeld oder Meliorationen zu erstatten haben, wird nach Anleitung der gemeinen Rechte beurtheilt, je nachdem sie durch die Handlungen des Veräußernden verpflichtet sind, oder nicht.
- 5) Bei der Zurücknahme allodificirter oder veräußerter Lehne muß, wenn solche verpachtet sind, den Pächtern in Ansehung ländlicher Grundstücke, die Stellzeit, in Ansehung städtischer Grundstücke, imgleichen solcher Wiesen, Gärten und einzelner Ackerstücke aber, welche nicht zu dem Inbegriffe eines Landhaushalts gehören, die Pacht noch ein Jahr, von Zeit der eingeführten Klage angerechnet, ausgehalten wer-

den; dagegen sind die Pächter gegen ihren Verpächter zu einem weitem Entschädigungsanspruche, wegen etwa nicht völlig ausgehaltener Pacht, nicht berechtigt.

Der zurückfordernde Theil hat die Pächter von der angestellten Klage sofort zu benachrichtigen, widrigenfalls die vorstehenden Termine erst von der Zeit der geschehenen Benachrichtigung angerechnet werden sollen.

Würde auch, bei ländlichen Grundstücken die Benachrichtigung innerhalb des letzten Jahres der Stellzeit erfolgen, so muß, wenn nicht mit selbigem Jahre der Pachtcontract ohnehin erloschen wäre, noch die nächstfolgende Stellzeit ausgehalten werden.

- 6) Verpfändungen der Lehne, oder deren Zubehör werden lediglich nach den Grundsätzen des Lehnrechts beurtheilt. Wenn jedoch zu einer Verpfändung der lehnherrliche oder agnatische Consens bereits vor dem 1sten Januar 1808 auf gewisse Jahre ertheilt gewesen, so soll bei der Berechnung der Dauer dieser Jahre der Zeitraum vom 1sten Januar 1808 bis zum 28sten Februar 1814 nicht mitgezählt werden.
- 7) Die während der Herrschaft der fremden Geseze unterlassenen Lehnsmuthungen sollen den Vasallen unschädlich seyn, und für die in jenem Zeitraume eingetretenen Lehnfälle keine Lehnsgelder erlegt werden: auch wird den Vasallen, welche bislang die schuldige Lehn-Sinnung verabsäumt haben sollten,

dazu noch eine Frist von **Sechs Monaten**, vom Tage der Publication gegenwärtiger Verordnung an gerechnet, hiedurch gestattet. Gegen die länger Eäumenden treten die Vorschriften des Lehnrechts so dann wieder in Wirksamkeit.

§. 15.

Was vorstehend über die eingetretene Vererbung oder Veräußerung der Lehne, ohne Einwilligung der Lehnsfolger, verordnet worden, ist auch in gleicher Weise auf Fideicommissse anwendbar. Sollten aber bewegliche Gegenstände zu einem Fideicommiss gehören und bereits in den Händen dritter Personen sich befinden, so steht in Ansehung derselben den Fideicommiss-Erben kein Zurückforderungsrecht, sondern nur ein Anspruch auf Ersetzung des Werths gegen den Veräußerer oder dessen Erben zu.

§. 16.

Was die durch die fremden Geseze aufgehoben gewesen, und, nach Anleitung der §. §. 2 und 3 dieser Verordnung, wieder in Wirksamkeit tretenden, oder aber, auf den Grund der fremden Geseze abgelösten und nach Vorstehendem wieder in den vorigen Zustand zu setzenden Rechte und Verpflichtungen betrifft, so ist, bei Anwendung der obbestimmten allgemeinen Grundsätze, noch Folgendes zu beobachten:

- 1) Dem Berechtigten steht bei der Zurücknahme seiner Berechtigung kein Anspruch auf Entschädigung für die Vergangenheit bis zur angestellten Klage zu.
- 2) Wenn die aufzuhebenden Contracte solche Verpflichtungen betreffen, welche von einer Gesamtheit von

Personen oder Grundstücken erfolgten, wie z. B. Dienste oder Zehnten, so kann die Aufkündigung nicht von Seiten einzelner, sondern nur von der gesammten verpflichteten Genossenschaft geschehen. Bei fehlender Einstimmigkeit über den deshalb zu nehmenden Beschluß entscheidet die, nach dem Verhältnisse der Verpflichtung der Einzelnen zu berechnende Stimmenmehrheit unter denselben.

- 3) Wenn die abgelösten Gerechtsame in Zehnten oder Früchten bestanden, und die Kündigung geschah vor Ostern, so tritt die frühere Berechtigung mit der nächsten Erndte wieder in Wirksamkeit. Würde der Vertrag erst nach Ostern aufgekündigt, so ist der Zeitpunkt des Wiedereintritts der abgelösten Berechtigung auf die Erndte des nächstfolgenden Jahres zurückzusetzen.
- 4) Sind Dienste der Gegenstand des aufzulösenden Contracts, so tritt die Natural-Dienstleistung nach einem halben Jahre, von Zeit der geschehenen Kündigung, wieder in Wirksamkeit.
- 5) Bei Geldzinsen oder Renten muß die Kündigung wenigstens ein Vierteljahr vor dem Zahlungstermine geschehen seyn, widrigenfalls die Auflösung des Ablauf-Contractes erst mit dem nächstfolgenden Termine in Wirksamkeit tritt.
- 6) Waren Dienste, Zehnten oder andere Gerechtsame in eine Geld- oder Frucht-Rente verwandelt, so tritt die Wirkung der Aufkündigung erst mit dem Ablaufe des Jahres ein, für welches die Rente

gegeben wird, vorausgesetzt, daß die Kündigung nach Vorstehendem zeitig genug geschehen.

- 7) Der Berechtigte, welcher durch die Kündigung die Verpflichtung des andern Theils in den frühern Zustand zurückgesetzt zu sehen verlangt, ist schuldig, dem Verpflichteten dasjenige, was er demselben bei Auflösung des Contractes, nach Vorstehendem und dem gemeinen Rechte, zurückzugeben oder sonst zu vergüten verbunden ist, vor, und spätestens bis zu dem Termine des Wiedereintritts der frühern Verpflichtung vollständig zu erstatten, widrigenfalls die Aufhebung des Ablösungs-Contractes, wenn solche von Seiten des Berechtigten verlangt worden, auf Ein Jahr zurückzusehen ist.

Hat aber der Verpflichtete gekündigt, so erlangt er mit dem Ablaufe des oberrwähnten Termins das Recht, den Berechtigten zur Ausführung dessen, was derselbe bei Auflösung des Contractes zu erstatten schuldig ist, im Wege Rechts anhalten zu lassen.

- 8) Entschädigungs-Ansprüche wegen der gehalten oder entbehrten Nuhungen der Gegenstände des Contractes aus dem Zeitraume, wo derselbe in Wirksamkeit gewesen, finden gegenseitig nicht Statt: nur in dem Falle, wenn Dienstpflichtige die Ablösung des Dienstes bewirkt haben, und der Berechtigte dadurch genöthigt gewesen, kostspielige Einrichtungen zu treffen, welche bei nicht unterbrochener Dienstleistung erforderlich gewesen, bleibt in dem Falle, wenn die Dienstablösung von Seiten der Verpflichteten auf-

gerufen worden, die Bestimmung der beßfallsigen Entschädigung zum richterlichen Ermessen, den Umständen nach, verstellt.

Auch kann, wenn die Dienstpflichtigen den Ablösungs-Contract kündigen sollten, diese Aufkündigung wider den Willen des Berechtigten nicht eher, als nach Ablauf des, über das Gut bestehenden Pacht-Contract's eintreten, indem die Dienstpflichtigen durch ihre frühere Ablösungshandlung selbst die Veranlassung gegeben haben, wenn der laufende Pacht-Contract ohne Rücksicht auf die wieder eintretenden Dienstverhältnisse geschlossen worden.

§. 17.

Sämmtliche Gerichts-Behörden, Vasallen und sonst alle diejenigen, welche diese Verordnung angeht, haben sich danach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Gegeben Carlton House, den 2ten Januar 1818.



George. P. R.

Graf von Münster

- (2.) Verordnung, die Mortificirung der auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen und das dabei zu beobachtende gerichtliche Verfahren betreffend. D. D. Carlton-House, den 6ten Januar 1818.

G E O R G, von Gottes Gnaden, Prinz Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Betters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg. &c.

Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß in Hinsicht der Mortificirung der auf den Inhaber gestellten Schuldverschreibungen und des dabei zu beobachtenden gerichtlichen Verfahrens Zweifel entstanden sind und selbst von den Gerichten nach ungleichen Grundsätzen und Ansichten solcherhalb verfügt worden sey, so finden Wir nöthig, um den hieraus zu besorgenden Nachtheilen abzuhelfen, über den vorliegenden Gegenstand Folgendes hiermit festzusetzen und zu verordnen:

§. 1.

Wenn Jemand behauptet, der rechtmäßige Eigenthümer eines Darlehns zu seyn, worüber eine Verschreibung

auf den Inhaber ausgestellt ist, sich aber zur Erhebung derselben durch Beibringung dieser Obligation nicht legitimiren kann, sondern Statt dessen vermittelst gerichtlicher Mortificirung der befragten Schuldverschreibung zur Zahlung zu gelangen sucht, so muß derselbe sich mit seinem hierauf gerichteten Antrage an das competente Gericht wenden.

§. 2.

Dieses, solcherhalb anzugehende Gericht ist dasjenige, bei welchem der Schuldner seinen ordentlichen Gerichtsstand hat. In Ansehung der zu den Schulden des Landes und der öffentlichen Cassen gehörigen Capitalien, welche solchergestalt in Anspruch genommen werden, wollen Wir dem Gerichte des Orts, wo der Administrator der schuldenden Cassen seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat, die erforderliche Competenz vermöge unsers besondern Auftrags hiemit beilegen.

§. 3.

Um den vorerwähnten Antrag gehörig zu begründen, wird wesentlich erfordert, daß derjenige, welcher denselben macht, den Zufall, wodurch er den Besitz des fraglichen Documentes verloren, und daß er bis zu diesem Zufalle der Inhaber desselben wirklich gewesen sey, erweise.

§. 4.

Bei dem, auf den geschehenen Antrag einzuleitenden Verfahren, hat das betreffende Gericht insonderheit sorg-

fältig zu prüfen und zu ermäßigen, ob und in wie weit der über den Besitz und Verlust der befragten Schuldverschreibung vorläufig zu führende Beweis beigebracht und etwa durch den Erfüllungseid zu ergänzen sey.

§. 5.

Hält der auf die Mortificirung des Schuldscheins Antragende es zur Sicherung seiner Forderung für rathsam und sich befugt, zu verlangen, daß zugleich auf das ihm angeblich gebührende Capital Arrest bei dem Schuldner gelegt werde, so muß er bei dem competenten Richter ebenfalls darum nachsuchen und dessen Verfügung hierüber erwarten. Uebrigens hat der Letztere in jedem Falle, auch wenn das Capital nicht in Beschlag genommen wird, dem Schuldner von dem angezeigten Verluste der Obligation und dem desfallsigen Antrage auf Mortificirung derselben, sofort Nachricht zu ertheilen.

§. 6.

Nachdem nun der angebliche Gläubiger seine Legitimation zur Forderung durch den vorgedachten Beweis, daß ihm die befragte Schuldverschreibung abhanden gekommen, oder vernichtet sey, beigebracht, muß, zur Sicherstellung des Schuldners gegen die Ansprüche eines etwaigen dritten Inhabers der Obligation, der letztere zu deren Ausführung öffentlich vorgeladen und ihm, auf den Fall, daß er sich nicht melden und den Schuldschein nicht produciren würde, das Präjudiz der Präclusion mit sei-

nem aus dem Besitze desselben fließenden Rechte gesetzt, zugleich auch die darauf zu erklärende Mortificirung der Obligation angedrohet werden. Die in der Art zu erlassende Edictalladung darf keine geringere, als eine einen Zeitraum von zwei Jahren umfassende Frist enthalten, und ist außer dem gewöhnlichen Anschlage, durch die Braunschweigischen Intelligenz-Blätter und wenigstens noch zwei, von dem Richter, den Umständen nach, zu wählende auswärtige Zeitungen drei Mal bekannt zu machen.

§. 7.

Meldet sich auf die ergangene Vorladung kein Inhaber der aufgebottenen Schuldverschreibung bis zum Ablauf des bestimmten Termins, so wird die angedrohte Präclusion und Mortificirung von dem Gerichte ausgesprochen und das darüber abgegebene Erkenntniß tritt nach vier Wochen sogleich in Rechtskraft. Dasselbe ist auf eben die Art und in denselben öffentlichen Blättern, wie es mit der Edictalladung geschehen, zu publiciren und damit zugleich die Bekanntmachung des vorstehenden Termins der Rechtskraft zu verbinden.

§. 8.

Die Wirkung des wegen der nachgesuchten Mortificirung angestellten Verfahrens und darauf abgegebenen Erkenntnisses erstreckt sich bloß auf den Schuldner, welcher durch die in dessen Gefolg geleistete Zahlung von aller durch den Darlehnsvertrag übernommenen Verbind-

lichkeit liberirt und gegen alle künftige Ansprüche, womit ein sich nicht gemeldeter Inhaber der mortificirten Schuldverschreibung etwa noch hervortreten könnte, völlig gesichert wird. Auf das etwanige Recht eines solchen dritten Besizers gegen seinen Vorgänger im Besitze desselben, kann der verhandelte Legitimations-Proceß und dessen Entscheidung keinen Einfluß haben, vielmehr steht die Verfolgung desselben demjenigen, welcher es gehörig zu begründen und auszuführen vermeint, noch immer frei und offen. Die vorgedachte Wirkung der Präclusion und Mortificirung ist in dem darüber abzugebenden Erkenntnisse jedes Mal auszudrücken.

§. 9.

Was endlich die Kosten des Verfahrens betrifft, so bringt es schon die Beschaffenheit der Sache und die Billigkeit mit sich, daß selbige von dem angeblichen Gläubiger, welcher dasselbe wegen des behaupteten Verlustes der Schuldverschreibung veranlaßt hat, und sich auf andere Weise als durch deren Production zur Forderung legitimiren will, sämmtlich übernommen und berichtigt werden müssen.

Die Gerichte des Landes haben in vorkommenden Fällen nach den vorstehenden Bestimmungen und Vorschriften genau zu verfahren und Alle, welche es angeht, sich gebührend danach zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und
beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Carlton House, den 6ten Januar 1818.



George. P. R.

Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

No 2. ✓

Braunschweig, den 30. Januar 1818.

Reinacher, Nr. 1136.

(3.) Verordnung wegen der Nachsteuer- und Abzugsfreiheit. D. D. Carlton House, den 2ten Januar 1818.

GEORG, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unserer vielgeliebten Vetter, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg. &c.

Demnach in der sieben und dreißigsten Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 23ten Junius 1817, über die Nachsteuer- und Abzugsfreiheit in den, zum Deutschen Bunde gehörigen Staaten, folgender Beschluß genommen worden:

„Die deutsche Bundesversammlung hat in Erwägung gezogen, daß unter den, im Artikel 18. der Bundes-Acte den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten zugesicherten Rechten die, unter Buchstaben C. erwähnte Freiheit von aller Nachsteuer, insofern das Vermögen eines Unterthans in einen andern deutschen Reue Auslage.

„Bundesstaat übergeht, noch näherer Bestimmung be-
 „dürfe, und hat zu dem Ende festgesetzt, wie folgt:“

- 1) „Die Nachsteuer- und Abzugsfreiheit von dem aus
 „einem Lande in das andere gebracht werdenden Ver-
 „mögen bezieht sich auf alle deutsche Bundes-
 „staaten gegen einander.“
- 2) „Jede Art von Vermögen, welches von einen
 „Bundesstaat in den andern übergeht, es sey aus Ver-
 „anlassung einer Auswanderung oder aus dem Grunde
 „eines Erbschafts-Anfalls, eines Verkaufs, Tauschs,
 „einer Schenkung, Mitgift, oder auf andere Weise,
 „ist unter der bundesvertragsmäßigen Abzugsfreiheit
 „begriffen, und
- 3) „jede Abgabe, welche die Ausfuhr des Vermö-
 „gens aus einem, zum Bunde gehörigen Staate in den
 „andern, oder den Uebergang des Vermögens-Eigen-
 „thums auf Angehörige eines andern Bundesstaats be-
 „schränkt, wird für aufgehoben erklärt. Dagegen ist
 „unter dieser Freizügigkeit nicht begriffen: jede Abgabe,
 „welche mit einem Erbschaftsanfalle, Legate, Verkäufe,
 „einer Schenkung und dergleichen verbunden ist, und
 „ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt,
 „oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein
 „Inländer oder ein Fremder ist, bisher entrichtet wer-
 „den mußte, namentlich Collateral-, Erbschafts-,
 „Steuer-, Stempelabgabe u. d. gl., auch Zollabgaben
 „werden durch die Nachsteuerfreiheit nicht ausgeschlossen.“
- 4) „Die zum Vortheile der, in einzelnen Staaten oder
 „Gemeinden bestehenden Schuldentilgungs-Cassen, oder
 „überhaupt wegen der Communalsschulden eingeführten
 „Abzüge von auswandernden Vermögen, werden durch
 „den Artikel 18. der Bundesacte als aufgehoben an-

„gesehen. Manumissionsgelber, da, wo die Leibeigenschaft oder Hofs hörigkeit noch zur Zeit besteht, sind, insofern sie nur von dem aus einem Bundesstaat in den andern auswandernden Unterthanen zu entrichten wären, unter der Nachsteuerfreiheit begriffen.“

- 5) „Was den Verkauf von der Militär-Pflichtigkeit in Hinsicht auf Freizügigkeit anlangt, so behält sich die Bundesversammlung eine fernere Uebereinkunft bis zur Festsetzung der Militär-Verhältnisse des Bundes überhaupt, und der damit in Verbindung stehenden Anordnung über die Militär-Pflichtigkeit im Allgemeinen vor.“
- 6) „Die durch die Bundesacte festgesetzte Nachsteuer- und Abzugsfreiheit findet ohne Unterschied Statt, ob die Erlegung dieser Abgabe bisher dem landesherrlichen Fiskus, den Standesherrn, den Privatberechtigten, Communen oder Patrimonial-Gerichten zustand, und die ausgesprochene Aufhebung aller und jeder Nachsteuer kann keinen Grund zu einer Entschädigungsforderung an den Landesherrn für die den Berechtigten entgehende Einnahme abgeben. Auch die Art der Verwendung des Abzugsgefälls kann keinen Grund darleihen, dasselbe gegen die Bestimmungen der Bundesacte bestehen zu lassen.“
- 7) „Die besondern Freizügigkeits-Verträge werden, insoweit sie dasjenige, was die Bundesacte und dieser Beschluß der Bundesversammlung über die Freiheit von aller Nachsteuer enthält, begünstigen, erleichtern, oder noch mehr ausdehnen, auch künftig aufrecht erhalten, — und dergleichen Verträge bestehen also, insofern, als sie den in der Bundesacte und in dem gegenwärtigen Beschlusse aufgestellten Normen nicht entgegen sind.“

8) „Als allgemein geltender Termin, von welchem an die
 „pöllige Nachsteuer-Freiheit von allem auswandernden
 „Vermögen in den deutschen Bundesstaaten statt haben
 „soll, wird der erste Julius d. J. festgesetzt, unbeschä-
 „det jedoch der günstigeren Bestimmungen, welche theils
 „aus Verträgen verschiedener Bundesstaaten unter sich,
 „theils aus landesherrlichen Verordnungen einzelner
 „Regierungen hervorgegangen sind. Es wird übrigens
 „der Zeitpunkt der Vermögens-Exportation und des
 „Verzichts auf das Unterthansrecht zur Richtschnur
 „angenommen;“

so wollen wir solchen Beschluß hiedurch zur Kenntniß sämt-
 licher Einwohner des Herzogthums bringen und verord-
 nen, daß derselbe als ein verbindliches Gesetz, seinem gan-
 zen Inhalte nach, beobachtet und zur Ausführung gebracht
 werde, wonach sich daher die Behörden des Herzogthums
 und wen solches sonst angeht, gehörig zu achten haben.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und
 beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Carlton House, den 2ten Januar 1818.



George. P. R.

Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

№ 3.

Braunschweig, den 3. April 1818.

- (4.) Declaration, die den gemeinen Soldaten Schulden halber zu machenden Löhnungs-Abzüge betreffend.
D. D. Braunschweig, den 26sten März 1818.

G E O R G, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg. &c.

Wenn gleich Inhalts der Verordnung vom 17ten April 1815 §. 5. gestattet ist, daß auch den Militairpersonen der untern Grade wegen zu bezahlender Schulden Abzüge bis auf ein Drittheil ihres Soldes gemacht werden dürfen, so hat doch die nachherige Erfahrung und eine genaue Berechnung ergeben, daß der unvermögende gemeine Soldat in seiner gegenwärtigen Lage und bei den jetzigen Preisen der Lebensmittel und Consumtibilien ein ganzes

Neue Auflage.

Drittheil seiner Löhnung nicht entbehren kann, wenn davon die zu seinem Unterhalte nothwendig erforderlichen Bedürfnisse bestritten werden sollen.

Wir finden uns daher durch die in Betracht. zu ziehenden Umstände bewogen, hiemit zu deklariren und festzusetzen, daß in Zukunft einem gemeinen Soldaten, Behuf der Bezahlung ausgeklagter Schuldforderungen, von seinem Solde nicht mehr als ein Sechstheil des vollen Betrages abgezogen werden solle, diese Beschränkung jedoch auf die Unterofficiere nicht auszudehnen sey.

Sämmtliche Civil- und Militairbehörden, wie auch diejenigen, welche es sonst angeht, haben sich hienach gehörig zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 26sten März 1818.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phisfeld.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 4.

Braunschweig, den 18. Mai 1818.

(5.) Declaration, die Competenz des Fürstlichen Landesgerichts in Ehesachen betreffend. Braunschweig, den 4ten Mai 1818.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vetter's, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Es sind über die Auslegung der, in den Verordnungen vom 15ten Januar und 19ten Febr. 1814 und in der Verfügung vom 3ten Februar desselben Jahrs §. 7. hinsichtlich der Competenz des Landesgerichts in Ehesachen enthaltenen Bestimmungen in einigen vorgekommenen
Neue Auflage.

nen Fällen und namentlich darüber Zweifel entstanden, ob die Klage auf Supplirung des älterlichen Consenses zu einer beabsichtigten Ehe zu der Competenz des Landesgerichts oder der betreffenden Stadt- und Kreisgerichte gehöre.

Da nun aus der Verordnung vom 15ten Januar 1814 genügend hervorgeht, daß nur diejenigen Klagesachen aus Veranlassung von Eheverträgen, deren Gegenstand lediglich das Vermögen der streitenden Theile angeht, vor den Kreisgerichten angebracht werden, hingegen die Streitigkeiten, welche das Personenrecht in Ansehung des Ehepunktes betreffen, zur Competenz des Landesgerichts gehören sollen, so wollen wir, um den Eingang erwähnten Zweifeln für die Zukunft zu begegnen, hiedurch declariren und festsetzen, daß alle, die Eheverträge selbst betreffende Streitigkeiten, und namentlich auch der Fall, wenn von Kindern gegen ihre Aeltern auf die Ertheilung oder Ergänzung ihrer Einwilligung zu einer vorhabenden Heirath geklagt wird, in erster Instanz vor dem Landesgerichte, hingegen die Klagen, welche sich bloß auf das Vermögen der Verlobten oder Ehegatten

beziehen, bei den Stadt- und Kreisgerichten anzubringen und zu entscheiden seyen.

Sämmtliche Gerichte, so wie diejenigen Landes-Einwohner, welche dieses angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 4ten Mai 1818.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 5. ✓

Braunschweig, den 8. Juni 1818.

(6.) Verordnung, wegen der Feier des Sieges bei Waterloo. Braunschweig, den 1sten Juni 1818.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundschaftlicher Regierung Unserer vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg 2c.

Um das Andenken des am 18ten Juni d. J. wiederkehrenden Gedächtniß-Tages des glorreichen Sieges bei Waterloo auch in dem gegenwärtigen Jahre zu erneuern, soll in sämtlichen Kirchen hiesiger Lande an dem, auf den 18ten d. M. folgenden Sonntage, den 21sten Juni d. J., nach beendigtem Vormittags-Gottesdienste ein feierliches Te Deum gesungen werden.

Sämmtliche Prediger werden daher hiedurch angewiesen, sich hienach zu achten und dieserhalb das Erforderne Aufzage.

derliche zu veranlassen, und vertrauen Wir zu denselben, daß sie auch bei dieser Gelegenheit ihre Gemeinden zu fortwährenden Dankgefühlen gegen die göttliche Vorsehung für die, durch jenen denkwürdigen Sieg befestigte Unabhängigkeit des gesammten deutschen Vaterlandes zu erwecken nicht unterlassen werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 1sten Juni 1818.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorff
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 6.

Braunschweig, den 16. Juni 1818.

- (7.) Verordnung, die zum Andenken des Feldzugs im Jahre 1815 dem hiesigen Militär bewilligte Medaille betreffend. Braunschweig, am 11ten Junii 1818.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:]

Daß Wir zum fortdauernden Andenken des Feldzugs des Jahrs 1815, und der rühmlichen Auszeichnung, mit welcher das Herzoglich Braunschweigische Truppen-Corps daran Antheil genommen, aus dem eroberten feind-

Neue Auflage.

lichen Geschütze eine mit dem Brustbilde des glorreich
gefallenen Herzogs Friedrich Wilhelm gezierte Me-
daille haben anfertigen lassen, welche allen denjenigen
Personen des gedachten Corps, die an dem Kampfe ge-
gen den Feind Theil genommen, um solche zu tragen zu-
gestellt, und in Ansehung deren nach folgenden Vorschrif-
ten verfahren werden soll:

- 1) Die Denkmünze ist gleichförmig für alle, ohne Un-
terschied des Grades.
- 2) Sie wird an einem $\frac{1}{4}$ Elle langen gelb und blau
gestreiften Bande am dritten Knopfloche, oder nahe
an demselben auf der linken Seite getragen. Das
Band ohne die Denkmünze zu tragen, ist nicht er-
laubt.
- 3) Auf dem Rande der Münze ist der Vor- und
Zunahmen, so wie der Charakter des Inhabers,
welchen er während des Feldzuges, und nament-
lich am 16ten bis 18ten Junius gehabt, einge-
graben.
- 4) Niemand, als derjenige, dessen Namen die Me-

baille enthält, darf dieselbe tragen, bei Strafe unerlaubter Anmaßung fremder Ehrenzeichen.

- 5) Als die Periode des Feldzuges wird angenommen der Zeitraum vom 15ten Junii bis zum 7ten Julii 1815, als dem Tage des Einzugs in Paris.
- 6) Alle Personen, welche während dieser Periode bei den Herzoglichen Truppen als wirkliche Mitglieder des Corps anwesend gewesen, und nicht durch nachfolgende Bestimmungen davon ausgeschlossen sind, sollen die Medaille erhalten.
- 7) Als wirkliche Mitglieder des Corps werden betrachtet alle diejenigen, welche einen militairischen Grad oder Character und das Recht oder die Erlaubniß gehabt haben, die Uniform des Corps zu tragen; desgleichen auch der Feldprediger und etwanige andere Personen, welche Wir ihrer besondern, dem Corps im Felde geleisteten Dienste halber, dazu geeignet erachten werden.
- 8) Auch den Erben der Geliebten oder nachher verstorbenen Mitglieder des Corps soll die Medaille,

jedoch ohne das Band, um sie zum Andenken des Verstorbenen aufzubewahren, zugestellt werden.

9) Dagegen bleiben von der Auszeichnung der Medaille ausgeschlossen:

- a) alle diejenigen Individuen, welche wegen ihres Benehmens an den Tagen der Schlachten vom 16ten und 18ten Junii entweder durch ein Kriegsgericht ihrer Dienste im Corps entlassen, oder durch nachgesuchten Abschied einem Kriegsgerichte vorgebeugt haben;
- b) alle Individuen, welche ohne besondere Befehle oder auf sonstige unerlaubte Weise am 16ten, 17ten und 18ten Junii vom Corps abwesend waren, oder sich ohne Grund vom Schlachtfelde entfernt haben, und deren Benehmen an jenen Tagen durch ein Kriegsgericht für tadelhaft erkannt worden;
- c) alle Individuen, welche seit dem 15ten Junii 1815 desertirt und nicht im Gefolge Unseres Generalpardon's vom 28ten Mai 1816 zurückgekehrt und dadurch vollständig begnadigt sind;

d) alle diejenigen, welche seit dem 15ten Junii 1815 eines entehrenden Verbrechens überführt worden.

- 10) Ein Jeder, welcher die Medaille hiernach erhält, ist berechtigt, selbige für seine Person vorschriftsmäßig zu tragen, so lange er nicht durch entehrende Handlungen sich dieses Vorrechts verlustig macht.

Würde aber gegen einen, welcher die Denkmünze erhalten, eine Untersuchung wegen begangener Verbrechen eintreten, so soll, wenn derselbe noch im Militairdienste sich befindet, das Kriegs- oder Standrecht, wenn er aber den Militairstand verlassen, das Civilgericht jedesmal darüber mit erkennen, ob der Angeschuldigte des fernern Tragens der Medaille unwürdig sey oder nicht.

- 11) Diejenigen Individuen, welche seit der Rückkehr des Corps den Abschied aus dem Militairdienste erhalten haben und wegen ermangelnder Kenntniß ihres jetzigen Aufenthalts oder sonst zufällig die Denkmünze nicht zugestellt erhalten wurden, gleichwol hiernach dazu sich berechtigt erachten, können

solche durch den Chef, welcher im Jahre 1815 die Truppen-Abtheilung befehligte, unter welcher sie gestanden, oder auch durch den Commandeur des activen Corps reclamiren, und sollen, wenn ihre Ansprüche gegründet befunden worden, damit an- noch versehen werden.

Sämmtliche Militair- und Civilbehörden, so wie überall ein Jeder, welchen dieses angeht, haben sich hier- nach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 11ten Juni 1818.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phisfeld.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 7.

1835. 54. ✓

Braunschweig, den 17. Juli 1818.

- (8.) Verordnung, die mit dem Königlich-Preussischen Gouvernement wegen der durch die hiesigen Lande führenden Militair-Straße für die Königlich-Preussischen Truppen abgeschlossene Durchmarsch- und Etappen-Convention betreffend. Braunschweig, den 30sten Junius 1818.

Wir GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach mit dem Königl. Preussischen Gouvernement wegen der durch die hiesigen Lande führenden Militair-Straße für die Königl. Preussischen Truppen, eine Durchmarsch- und Etappen-Convention unterm 23sten December v. J. abgeschlossen und am 27sten Februar d. J. ratificirt worden, welche wörtlich also lautet:

Neue Auflage.

In Gemäßheit des Wunsches Sr. Majestät des Königs von Preußen und Sr. Königl. Hoheit des Prinz-Regenten des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, wie auch des Königreichs Hannover, in Ihrer Eigenschaft als Vormund Sr. Durchlaucht des minoren-
nen Herzogs Carl Friedrich August Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg; diejenigen Bestimmungen, welche die Einrichtung einer durch das Gebiet des Herzogthums Braunschweig führenden Militär-Straße für die Königl. Preussischen Truppen nöthig macht, vermittelt gemeinschaftlicher Verabredungen festsetzen zu lassen, ist unter Vorbehalt Höchster Ratification von den, zu diesem Geschäft specielle committirten und bevollmächtigten Unterzeichneten, namentlich:

dem Freiherrn von Wolzogen,
Königl. Preuß. General-Major, Ritter des Königl. Preuß. Ordens pour le mérite, des Kaiserl. Russischen St. Annen-Ordens 1ster Klasse, des Großherzogl. Weimarschen weißen Falken-Ordens 1ster Klasse, Commandeur des Kaiserl. Oestreichschen St. Leopold-Ordens und Ritter des Königl. Baierschen Max-Joseph-Ordens, und

dem Freiherrn von Smpteda,
Königl. Großbrit.-Hannöv. Geheimen-Rath, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königl. Preuß. Hofe, Ritter des Königl. Preussischen großen rothen Adler-Ordens, und Commandeur des Königl. Großbrit.-Hannöv. Guelphen-Ordens,

Nachstehendes auf das Verbindlichste verabredet und abgeschlossen worden:

§. 1.

Die Linie der Militärstraße, welche über Halberstadt und Hildesheim führt, berührt in den Herzogl.

Braunschw. Landen den Haupt-Etappen-Ort Wolfenbüttel mit den unter folgenden Bestimmungen dazu gelegten Etappen-Bezirken:

- 1) Für kleinere Durchmärsche unter dem Bestande eines ganzen Bataillons oder Escadrons werden der Etappe zu Wolfenbüttel folgende Ortschaften zugelegt, nämlich:

Linden, Wendessen, Groß Stöckheim, Thiede, Fummelse, Ahum und Ahlum.

- 2) Für Durchmärsche eines oder mehrerer Bataillone und Escadrons werden außerdem noch hinzugefügt die Ortschaften:

Groß Denkte, Klein Denkte, Apelnstedt, Reindorf, Leinde, Immendorf, Aderšheim, Drütte, Beddingen, Geitelde, Steterburg und Mortenhof, Bleckenstedt, Sauingen und Uesingen.

Die Entfernung beträgt:

von Wolfenbüttel nach Groß. Lafferde $3\frac{1}{2}$ Meile,
von Wolfenbüttel nach Dardešheim 4 Meilen.

§. 2.

Die durchmarschirenden Truppen, mit Ausnahme von kleinen Detachements bis 50 Mann, (welche in Baracken oder Ordonnanzhäuser kommen, sobald dieselben eingerichtet sind) sind gehalten, nach jedem, als zum Bezirk gehörig bezeichneten Orte zu gehen, welcher ihnen von der Etappen-Behörde angewiesen wird, es sey denn, daß dieselben Artillerie-, Munitions- oder andere bedeutende Transporte mit sich führen. Diesen Transporten nebst der zur Bewachung erforderlichen Mannschaft müssen stets solche Ortschaften angewiesen werden, welche hart an der Militair-Straße liegen. Andere Ortschaften, als die eben erwähnten, dürfen den Truppen nicht angewiesen werden, den Fall ausgenommen, wenn bedeutende Armeen

corps in starken Echellons marschiren. In solchen Fällen werden sich die mit der Dislocation beauftragten Officiere mit den Etappen-Behörden über einen weiter auszuwehnenden Bezirk vereinigen.

§. 3.

Die durchmarschirenden Truppen können bloß Ein Nachtquartier verlangen. Ruhetage oder ein noch längerer Aufenthalt finden nicht Statt.

§. 4.

Sämmtliche durch die Herzogl. Braunschweigischen Lande marschirende Truppen müssen auf der genannten Militärstraße mit genauer Berücksichtigung des nunmehr festgestellten Etappen-Hauptorts instradirt seyn, indem sie sonst weder auf Quartier noch auf Verpflegung Anspruch machen können. Sollten etwa in der Folge abweichende Bestimmungen nothwendig werden, so kann nur in Folge einer Vereinbarung beider contrahirender hoher Theile eine Aenderung darunter erfolgen.

§. 5.

Was die Einrichtung der Marschroute betrifft, so können die Marschrouten für die Königl. Preuß. Truppen, welche durch die Herzogl. Braunschweigischen Lande marschiren, nur von dem Königl. Preuß. Kriegs-Ministerio und dem General-Commando in Sachsen und Westphalen, mit Gültigkeit ausgestellt werden. In den, von den oben erwähnten Behörden auszustellenden Marschrouten ist die Zahl der Mannschaft (Officiere, Unterofficiere und Soldaten) und Pferde, wie die ihnen zukommende Verpflegung und der Bedarf der Transportmittel, genau zu bestimmen.

§. 6.

Insbefondere ist darauf zu achten, daß die Behörden von den Truppenmärschen frühzeitig genug in Kenntniß

gesetzt werden und es wird in dieser Hinsicht Folgendes bestimmt:

Die Detachements unter 20 Mann können nur den 1sten und den 15ten eines jeden Monats von dem letzten Preussischen Haupt-Etappen-Orte abgehen, (widrigenfalls sie weder Quartier noch Verpflegung erhalten) sollen aber nie ohne einen Vorgesetzten marschiren.

Den Detachements bis zu 50 Mann ist Tags zuvor ein Quartiermacher voranzuschicken, um bei der Etappen-Behörde das Nöthige anzumelden. Von der Ankunft größerer Detachements bis zu einem vollen Bataillon oder einer Escadron muß die Etappen-Behörde wenigstens drei Tage zuvor benachrichtigt werden. Wenn ganze Bataillons, Escadrons, oder mehrere Truppen gleichzeitig marschiren, so muß nicht allein die Etappen-Behörde wenigstens 8 Tage zuvor benachrichtigt werden, sondern es soll auch die Herzogl. Braunschweigische Regierung wenigstens 8 Tage zuvor benachrichtigt und requirirt werden. Außerdem soll, wenn eins oder mehrere Regimenter gleichzeitig durchmarschiren, dem Corps ein commandirter Officier wenigstens drei Tage zuvor vorausgehen, um wegen der Dislocation, Verpflegung der Truppen, Gestellung der Transportmittel u. s. w. mit der die Direction über die Militairstraße führenden Behörde gemeinschaftlich die nöthigen Vorbereitungen am Etappen-Hauptorte für das ganze Corps zu treffen. Dieser commandirte Officier muß von der Zahl und Stärke der Regimenter, von ihrem Bedarf an Verpflegung, Transportmitteln, Tag der Ankunft u. s. w. sehr genau instruiert seyn.

§. 7.

Einzelnen Beurlaubten und sonst nicht im Dienst befindlichen Militairpersonen wird weder Recht auf Quartier noch auf Verpflegung gegeben; diejenigen Truppen

aber, welche zum Quartier und zur Verpflegung berechtigt sind, erhalten solche entweder bei den Einwohnern oder in den Baracken oder Ordonnanzhäusern, deren Anlage der Herzogl. Braunschweigischen Regierung überlassen bleibt. Die Utensilien in den Baracken oder Ordonnanzhäusern bestehen für den Unterofficier und Gemeinen im Lagerstroh, einem Hackenbrett, Stühlen oder hinreichenden hölzernen Bänken. Jeder Unterofficier und Soldat ist gehalten, mit der Einquartierung und Verpflegung in den Baracken oder Ordonnanzhäusern zufrieden zu seyn, sobald er dasjenige erhält, was er reglementsmäßig zu fordern berechtigt ist.

§. 8.

Die durchmarschirenden Truppen, welche, der Marschroute gemäß, bei den Unterthanen einquartiert werden, erhalten, auf die Anweisung der Etappen-Behörde und gegen auszustellende Quittung der Commandirenden, die Naturalverpflegung vom Quartierwirth, indem Niemand ohne Verpflegung fernerhin einquartiert werden soll.

Als allgemeine Regel wird in dieser Hinsicht festgesetzt, daß der Officier sowohl, als der Soldat, mit dem Tische seines Wirths zufrieden seyn muß.

Um jedoch schlechter Beköstigung von Seiten des Wirths, wie übermäßigen Forderungen von Seiten der Soldaten vorzubeugen, wird Folgendes bestimmt:

Der Unterofficier und Soldat, und jede zum Militair gehörige Person, die nicht den Rang eines Officiers hat, kann in jedem Nachtquartier, sey es bei dem Einwohner oder in den Baracken (Ordonnanzhäusern) verlangen: 2 Pfund gut ausgebackenes Roggenbrodt, $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch und Zugemüse, soviel des Mittags und Abends zu einer reichlichen Mahlzeit gehört; des Morgens zum Frühstück kann der Soldat weiter nichts verlangen, so wenig er berechtigt ist, von dem Wirth Bier, Brann-

temein, oder gar Kaffee zu fordern; dagegen sollen die Ortsobrigkeiten dafür sorgen, daß hinreichender Vorrath von Bier und Branntwein in jedem Orte vorhanden ist, und daß der Soldat nicht übertheuert wird. Die Subaltern-Officiere bis zum Capitain exclusive, erhalten außer Quartier, Holz und Licht, das nöthige Brodt, Suppe, Gemüse und $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch, alles vom Wirthe gehörig gekocht, auch Mittags und Abends bei jeder Mahlzeit eine Bouteille Bier, wie es in der Gegend gebrauet wird; Morgens zum Frühstück Kaffee, Butterbrodt und $\frac{1}{3}$ Quart. Branntwein. Der Capitain kann außer der obenerwähnten Verpflegung des Mittags noch ein Gericht verlangen.

§. 9.

Für diese Verpflegung wird nach vorgängiger Liquidation von dem Königl. Preussischen Gnuvernement folgende Vergütung bezahlt:

für den Soldaten	4	Ggr.	Gold.
= = Unterofficier	4	—	—
= = Subalt-Officier	12	—	—
= = Capitain	16	—	—

Staabs-Officiere, Obristen und Generale beköstigen sich auf eigene Rechnung in den Wirthshäusern; in solchen Orten, wo dieses nicht thunlich seyn sollte, bezahlt der Staabs-Officier 1 Rthlr. Gold, der Oberst und General 1 Rthlr 12 Ggr., wogegen der Quartierträger für anständige und reichliche Kost sorgen muß.

Diese Vergütung wird von den betreffenden Staabs-Officieren unmittelbar berichtet.

§. 10.

Weiber und Kinder sollen in der Regel weder Quartier noch Verpflegung erhalten.

Sollte jedoch ausnahmsweise dieses nicht vermieden werden können, so ist diese Berechtigung auf Quartier

und Verpflegung in den Marschrouten besonders zu bemerken, und werden alsdann sowol die Frauen, als die Kinder, gleich den Soldaten, gegen die oben festgesetzte Entschädigung einquartirt und verpflegt. Dagegen können die Frauen und Kinder der Officiere auf Quartier und Verpflegung nie Anspruch machen.

§. 11.

Sollten hin und wieder durchmarschirende Soldaten unterwegs krank werden, dergestalt, daß sie nicht füglich gleich weiter transportirt werden könnten, so sollen dieselben auf Kosten des Königl. Preussischen Gouvernements in einem dazu geeigneten Hospitale untergebracht, verpflegt und ärztlich behandelt werden, worüber man sich mit dem Königl. Preussischen Etappen-Inspector zu Hildesheim berechnen wird.

§. 12.

Die Etappenbehörde und Ortsobrigkeiten müssen gehörig dafür sorgen, daß den Pferden stets möglichst gute reinliche Stallung angewiesen wird.

Ist der Einquartierte mit der seinen Pferden eingeräumten Stallung nicht zufrieden, so hat er seine Beschwerde bei der Ortsobrigkeit vorzubringen; dagegen ist es bei nachdrücklicher Strafe zu untersagen, daß die Militairpersonen, welchen Rang sie auch haben mögen, die Pferde der Quartierwirths eigenmächtig aus dem Stalle jagen und ihre Pferde hineinbringen lassen.

§. 13.

Die Fourage-Rationen werden auf Anweisung der Etappenbehörde und gegen Quittung des Empfängers aus einem im Etappenhauptorte zu etablirenden Magazine in Empfang genommen, und die dabei etwa entstehenden Streitigkeiten werden von der Etappenbehörde sofort regulirt.

Wollen die Gemeinden die Fourage selbst ausge-

ben, welches ihnen jederzeit frei steht, oder machen es die Umstände, in den zum Etappenbezirke gehörenden bequartierten Ortschaften nothwendig, daß, weil die Fourage aus den Etappen-Magazinen nicht geholt werden kann, die Rationen im Orte selbst geliefert werden müssen, so hat ebenfalls ein Commandirter des Detachements die Fourage zur weiteren Distribution von der Ortsobrigkeit in Empfang zu nehmen. Von den Quartierwirthen selbst darf in keinem Falle glatte oder raue Fourage gefordert werden.

§. 16.

Die Lieferung der Rationen soll in einem von dem Königl. Preussischen Etappen-Inspector zu Hildesheim zu bestimmenden Zeitraume in desselben oder seines Bevollmächtigten Gegenwart durch die Herzogl. Braunschw. Behörde licitirt und den Mindestfordernden übertragen werden.

Der Königl. Preussische Etappen-Inspector kann darauf antragen, daß ein zweiter Licitationstermin anberaumt wird, wenn ihm die Preise zu hoch scheinen, welches ihm die Herzogl. Braunschweigische Behörde nicht verweigern kann.

In denjenigen Fällen, wo die Fourage nicht aus dem Magazine genommen, sondern besonderer Umstände wegen, von der Ortsobrigkeit geliefert ist, erhält diese denselben Preis, welchen der Lieferant erhalten haben würde, wenn aus dem Magazine fouragirt wäre.

§. 15.

Die durch die Fourage-Lieferung, wie auch die übrigen, durch die Mundverpflegung und Gestellung des Vorspanns entstehenden Kosten, werden vierteljährlich berechnet und von dem Königl. Preussischen Gouvernement baar berichtet. Die mit der Liquidation zu beauftragen-

den gegenseitigen Behörden werden sich über die Form des Rechnungswesens noch weiter verständigen und einigen,

§. 16.

Die Transportmittel werden den durchmarschirenden Truppen auf Anweisung der Etappen-Behörde und gegen Quittung nur insofern verabreicht, als deshalb in den förmlichen Marschrouten das Nöthige bemerkt worden.

Nur diejenigen Militärpersonen, welche unterwegs erkrankt sind, können außerdem, und zwar gegen Quittung und nachdem die Unfähigkeit zu marschiren durch das Attest eines abprobirten Arztes oder Wundarztes nachgewiesen worden, auf Transportmittel, zur Fortschaffung in das nächste Etappen-Hospital, Anspruch machen.

§. 17.

Wenn bei Durchmärschen starker Armeecorps der Bedarf der Transportmittel für jede Abtheilung nicht bestimmt angegeben worden, und demnach diese Ordnung nicht genau beobachtet werden kann, so ist der Commandeur der in einem Orte bequartierten Abtheilung zwar befugt, auf seine eigene Verantwortung Transportmittel zu requiriren, dieses muß aber durch eine schriftliche an die Obrigkeit des Orts gerichtete Requisition geschehen, welche für die Stellung der Fuhrn, gegen die bei der Bestellung sogleich zu ertheilende Quittung, sorgen wird.

Die quartiermachenden Commandirten dürfen auf keine Weise Wagen oder Reitpferde für sich requiriren, es sey denn, daß sie sich durch eine schriftliche Ordre des Regiments-Commandeurs, als dazu berechtigt, legitimiren können.

§. 18.

Die Transportmittel werden von einem Nachtquartier bis zum andern, d. h. von dem Etappen-Bezirk bis zum nächsten gestellt, und die Art der Bestellung

bleibt den Herzogl. Braunschweigischen Behörden gänzlich überlassen.

Die durchmarschirenden Truppen sind gehalten, die Transportmittel bei der Ankunft im Nachtquartier sofort zu entlassen, dagegen muß von den Behörden dafür gesorgt werden, daß es an den nöthigen frischen Transportmitteln nicht fehle und solche zur gehörigen Zeit eintreffen.

§. 19.

Die durchmarschirenden Truppen oder einzeln reisenden Militair-Personen, welche auf der Etappe eintreffen, werden den andern Morgen weiter geschafft. Sie können nur dann verlangen, denselben Tag weiter transportirt zu werden, wenn deshalb Tags zuvor eine ordnungsmäßige Anzeige gemacht worden, widrigenfalls müssen sie, wenn sie gleich weiter und doppelte Etappen zurücklegen wollen, auf eigene Kosten Extrapostpferde nehmen.

§. 20.

Den betreffenden Officieren wird es bei eigener Verantwortung zur besondern Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß die Wagen unterwegs nicht durch Personen erschwert werden, welche zum Fahren kein Recht haben, und daß die Fuhrleute keiner üblen Behandlung ausgesetzt sind.

§. 21.

Als Vergütung für den Vorspann wird von dem Königl. Preussischen Gouvernement für jede Meile und für jedes Pferd, inclusive des Wagens, wenn ein solcher erforderlich ist, die Summe von 6 Ggr. Gold bezahlt.

§. 22.

Die Entfernung von einem Nachtquartier in das andere wird der Entfernung des Etappen-Hauptorts, nach der oben angegebenen Entfernung, bis zum andern gleich gerechnet, die Fuhrpflichtigen mögen einen weitem oder

nähern Weg zurückgelegt haben. Der Weg der Fuhrpflichtigen bis zum Anspannungsorte wird nicht mit in Anrechnung gebracht.

§. 23.

Die Fußboten und Wegweiser dürfen von dem Militär nicht eigenmächtig genommen, vielweniger mit Gewalt gezwungen werden, sondern es sind solche von den Obrigkeiten des Orts, worin das Nachtquartier ist, oder wodurch der Weg geht, schriftlich zu requiriren und die Requirenten haben darüber sofort zu quittiren. Nach vorgängiger und richtig befundener Liquidation, welche jedes Mal dem Königl. Preuß. Etappen-Inspector in Hildesheim vorzulegen ist, um die Richtigkeit der angegebenen Entfernungen zu prüfen und zu attestiren, soll das Botenlohn für jede Meile mit 4 Ggr. Gold vergütet werden, wobei der Rückweg nicht gerechnet wird.

§. 24.

Um die gute Ordnung auf den Etappen aufrecht zu erhalten, ist in Hildesheim ein Königlich Preussischer Etappen-Inspector angestellt worden, dessen Bestimmung dahin geht, für die Aufrechthaltung der Ordnung und Richtigkeit der Liquidationen Sorge zu tragen und etwaigen Beschwerden, so viel wie möglich, abzuhelpfen.

Besagter Etappen-Inspector wird auch die Etappe Wolfenbüttel unter seiner Inspection haben. Er hat aber keine Autorität über die Herzogl. Braunschweigischen Unterthanen. Dem Etappen-Inspector wird die Portofreiheit bei Dienstsiegel und Contrasignatur der Briefe zugestanden.

§. 25.

Sollten hin und wieder Differenzen zwischen dem Bequartierten und den Soldaten entstehen, so werden dieselben von der Etappen-Behörde und den Commandiren-

den Officieren, wie auch von dem Etappen-Inspector, gemeinschaftlich beseitigt.

Die Etappen-Behörde ist berechtigt, jeden Unterofficier und Soldaten, welcher sich thätliche Mißhandlungen seines Wirths oder eines andern Unterthanen erlaubt, zu arretiren und an den Commandirenden zur weitem Untersuchung und Bestrafung abzuliefern.

§. 26.

Der Herzogl. Braunschweigischen Etappen-Behörde wird es noch zur besondern Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß die Wege stets in gutem Stande erhalten werden, und überhaupt hat dieselbe ihre stete Sorgsamkeit darauf zu richten, daß es den durchmarschirenden Truppen an nichts fehle, was dieselben mit Recht und Billigkeit verlangen können, über welchen Gegenstand der Königl. Preussische Etappen-Inspector zu Hildesheim gleichfalls zu wachen hat und bei den Landesbehörden Beschwerde führen kann.

§. 27.

Die Commandirenden Königl. Preuss. Officiere sowohl, wie die Etappenbehörde zu Wolfenbüttel, sind anzuweisen, stets mit Eifer und Ernst dahin zu trachten, daß zwischen den Bequartierten und den Soldaten ein guter Geist der Eintracht erhalten werde, und daß die Einwohner in Beziehung auf ihre deutschen Brüder willig diejenigen Lasten tragen, welche der Natur der Sache nach nicht ganz gehoben, aber durch ein billiges Benehmen von beiden Seiten sehr gemildert werden können.

§. 28.

Die vorstehende Etappen-Convention wird von dem 1sten Januar 1817 an gerechnet, und soll auf 10 Jahre von besagtem Dato als gültig abgeschlossen seyn.

Es wird dabei festgesetzt, daß für den Fall eines in diese Periode eintretenden Kriegs, den Umständen

nach, die etwa nothwendigen abändernden Bestimmungen durch eine besondere Uebereinkunft regulirt werden sollen.

§. 29.

Uebrigens sind die beiden hohen contrahirenden Theile übereingekommen, wegen der Liquidation während der Zeit des Aufenthalts der Occupations-Armee in Frankreich, so wie auch bei dem dereinstigen Rückmarsche der aus Frankreich zurückkehrenden Armee-Corps, dieselben Stipulationen eintreten zu lassen, welche dieserhalb zwischen der Königl. Preussischen und der Königl. Großbrittannisch-Hannoverschen Regierung durch gegenseitige Uebereinkunft sind festgesetzt worden.

Zu Urkund dessen ist dieses Durchmarsch-Reglement in duplo ausgefertigt und unter Vorbehalt Höchster Ratification vollzogen und gegen einander ausgetauscht worden.

So geschehen Berlin, den 23sten December 1817.

(L. S.)

Ludewig, Freiherr von
Wolzogen.

(L. S.)

Ludewig Conrad Georg,
Freiherr von Smpeda.

Und Wir solche in Unserer Eigenschaft, als Vormund des minorennen Herzogs Carl Friedrich August Wilhelm zu Braunschweig-Lüneburg in allen Punkten genehmigt haben; so approbiren und bestätigen Wir solche hiemit und Kraft dieses, und wollen, daß derselben getreulich nachgekommen und darüber gehalten werden solle.

Zu Urkund dessen haben Wir gegenwärtige Ratification eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Insignel belegen lassen.

Gegeben Carlton House, den 27sten Februar 1818.

(L. S.)

George, P. R.
E. Graf von Münster.

so wird diese Convention hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und deren genaue Befolgung allen denjenigen Behörden, welche dieselbe betrifft und sonst einem Jeden, den sie angeht, damit anbefohlen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 30sten Juni 1818.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt = Phiseldorff.
v. Schleinitz.

- (9.) Bekanntmachung des Fürstl. Geheimeraths = Collegii, die den Quartierpflichtigen für das durchmarschirende Königl. Preuß. Militair bewilligten Entschädigungs = Sätze betreffend. Braunschweig, den 30sten Junii 1818.

Da zur Erleichterung der Quartier = Pflichtigen für diejenigen Königl. Preuß. Militair = Personen, welche nicht in den zu Wolfenbüttel etablirten Ordonnanz = Häusern untergebracht werden können, sondern bei den Einwohnern selbst in den zu der Etappe Wolfenbüttel gehörigen oder, den Umständen nach, von dortaus belegten Ortschaften einquartiert werden müssen, bis auf Weiteres folgende Vergütungs = Sätze, mittelst eines Zuschusses aus der Landeskasse, zu den in Gemäßheit der mittelst der Verordnung vom heutigen Tage publicirten Durchmarsch = und Etappen = Convention Königl. Preussischer Seits zu berichtigenden Entschädigungs = Geldern, bewilligt worden, nämlich:

- | | |
|--|----------|
| 1) Für Unterofficiers und Soldaten täglich | 6 Ggr. |
| 2) Für Subaltern = Officiers | 18 Ggr. |
| 3) Für Capitains | 1 Rthlr. |

- 4) Für Staats-Officiers, insofern dieselben nicht nach §. 9. der gedachten Durchmarsch- und Etappen-Convention in Wirthshäusern logiren können, sondern bei einem andern Einwohner eingelegt werden müssen, zu der von den denselben an den Quartierträger zu bezahlenden Entschädigung von 1 Rthlr. ein Zuschuß von 12 Ggr.
 - 5) Für Obristen und Generals in demselben Falle zu der von ihnen selbst zu bezahlenden Vergütung von 1 Rthlr. 12 Ggr. ein Zuschuß von 18 Ggr.
- so wird solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben die betreffenden Behörden hienach die Liquidation für einen jeden zu der Etappe Wolfenbüttel gehörenden Ort vom 1sten Januar 1817 an aufzustellen und, mit den gehörigen Belägen begleitet, für die verflossene Zeit fordersamst, für die Folge aber monatlich, an die Fürstl. Militair-Administration-Commission, welche mit der speciellen Leitung aller zur Ausführung der Etappen-Convention gehöriger Gegenstände beauftragt ist, einzusenden, worauf sodann wegen der Zahlung der Vergütungs-Gelder das Weitere verfügt werden soll.

Braunschweig, den 30sten Juni 1818.

Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg.

v. Schmidt-Phiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 8.

Braunschweig, den 18. Julius 1818.

- (10.) Verordnung, die bei der Husaren-Schwadron anzustellenden Fußjäger betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten Juli 1818.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Obwohl die vorzüglich zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit bestimmte Husaren-Schwadron den ihr in Unserer Verordnung vom 5ten Februar 1816 angewiesenen Geschäftskreis bislang erfüllt, und ihrer darin näher bezeichneten Bestimmung zu Unserer Zufriedenheit entsprochen hat, so hat doch

Neue Auflage.

die Erfahrung gelehrt, daß ihr gemeinnütziger Zweck noch auf eine für das Ganze vorzüglichere Weise werde erreicht werden, wenn der Bestand der berittenen Mannschaft in etwas vermindert und dagegen derselben eine Mehrzahl an Mannschaft zu Fuß beigegeben würde. Daher nehmen Wir keinen Anstand, diese Maaßregel zur Vollziehung zu bringen, und verordnen demnach hiedurch Folgendes:

§. 1.

Die Husaren-Schwadron soll in Ansehung der berittenen Mannschaft nach Maaßgabe der §. 3. enthaltenen Uebersicht vermindert und ihr dagegen die in derselben enthaltene Anzahl von Mannschaft zu Fuß beigegeben werden.

§. 2.

Die unberittene Mannschaft soll eine Uniform erhalten, ähnlich derjenigen, welche früher die gelernten Jäger trugen, und die Benennung von Fußjägern führen, übrigens aber mit der Husaren-Schwadron dergestalt verbunden werden, daß sie dem Commando derselben ebenso, wie die Husaren unterworfen ist.

§. 3.

Der Chef der Schwadron behält seinen Sitz nach wie vor in Braunschweig, die Compagnien aber der nunmehr vereinigten Husaren und Fußjäger sollen im ganzen Lande nach folgender Uebersicht vertheilt werden:

1^{te} Compagnie.

Stationort.	Officiere			Unterofficiere			Mannschaft	
	Rittmeister.	Lieutenant.	Cornet.	zu Pferde	zu Fuß		zu Pferde.	zu Fuß.
					bei ober. Sergt.	Corporal.		
1ste Abth. Braunschweig	—	1	—	2	1	1	19	7
Wolfenbüttel	—	—	—	1	—	—	3	3
Salzer	—	—	—	—	—	1	2	1
Kobmächtersen	—	—	—	—	—	1	2	1
Bettmar	—	—	—	—	—	—	1	3
Capienthal	—	—	—	—	—	—	—	2
2te Abth. Helmstedt	1	—	—	—	—	1	3	4
Königsutter	—	—	—	1	—	—	2	5
Schöppenstedt	—	—	—	—	—	1	2	2
Schöningen	—	—	—	—	—	—	1	3
Hessen	—	—	—	—	—	—	2	2
3te Abth. Dorsethe	—	—	1	—	—	—	3	3
Salzörbe	—	—	—	—	1	—	1	2
Giechdorf	—	—	—	—	—	—	1	1
	1	1	1	4	2	5	42	39

2^{te} Compagnie.

Station sort.	Officiere			Unterofficiere			Mannschaft	
	Rittmeister.	Lieutenant.	Cornet.	zu Pferde	zu Fuß		zu Pferde.	zu Fuß.
					Corporal.	Seibne- bel ober Seigt.		
1ste Abth.	1	—	—	—	—	—	3	4
Seesen . . .	—	—	—	—	—	—	—	2
Iddehausen . . .	—	—	—	—	—	—	—	2
Harzburg . . .	—	—	—	1	—	—	2	3
Lutter a. Barenberge	—	—	—	—	—	—	1	2
Gandersheim . . .	—	—	—	1	—	—	1	4
Greene . . .	—	—	—	—	—	—	2	5
2te Abth.	—	1	—	—	—	—	—	2
Holzminde . . .	—	—	—	—	—	—	1	6
Meinbreren . . .	—	—	—	—	—	—	1	2
Eichershausen . . .	—	—	—	1	—	—	—	4
Wisperode . . .	—	—	—	—	—	—	1	3
3te Abth.	—	—	—	—	—	—	1	6
Stadtsoldendorf . . .	—	—	—	—	—	—	1	5
Ottensen . . .	—	—	—	—	—	—	1	4
Blankenburg . . .	—	—	1	—	—	—	1	3
Hasselfelde . . .	—	—	—	—	—	1	2	6
Braunsage . . .	—	—	—	—	—	—	1	5
Waltenried . . .	—	—	—	—	—	—	1	4
Hohewegels . . .	—	—	—	—	—	—	—	2
	1	1	1	2	2	3	18	61

Die beiden Trompeter bleiben in Braunschweig stationirt, die bisher in Seesen stationirt gewesenen aber fallen künftig hinweg.

Der zu Braunschweig stationirte Wachtmeister bleibt künftig unberitten und wird in seinen Geschäften, nach näherer Anleitung des Chefs der Schwadron, von dem Feldwebel unterstützt.

§. 4.

Den Fußjägern liegen dieselben Pflichten ob, welche den Husaren in der Verordnung vom 5ten Februar 1816 vorgeschrieben sind. Dieselbe bleibt in allem demjenigen, was nicht durch Vorstehendes abgeändert worden, in ihrer vollständigen Wirksamkeit, und soll davon, wie von der gegenwärtigen Verordnung jeden Husaren, insofern derselbe damit noch nicht versehen, und jedem Fußjäger ein Exemplar zugestellt, auch jeder Stationsort damit versehen und übrigens in Ansehung dieser Exemplare über die Beobachtungen des §. 44. der erwähnten Verordnung gehörig gehalten werden.

§. 5.

Sämmtliche Mitglieder der vereinigten Husaren und Fußjäger, so wie sämmtliche Obrigkeiten im Lande, und sonst alle diejenigen, welche es angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 9ten Juli 1818.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 9.

Braunschweig, den 7. August 1818.

- (11.) Bekanntmachung des Fürstl. Geheimraths-Collegii,
die Hessischen Albus und Gutegroschen-Stücke betref-
fend. D. D. Braunschweig, den 3ten August 1818.

Obwohl die in den Hessischen Staaten ausgeprägten Scheidemünzen, namentlich die sogenannten doppelten und einfachen Albus oder Weißpfennige, und die dasigen 1 Gutegroschen-Stücke, da selbige nicht nach dem Conventions-Fuße ausgeprägt sind, ihres geringern Gehaltes halber längst schon in den hiesigen öffentlichen Cassen überall nicht angenommen worden, so scheint es doch, als ob in einigen Gegenden der hiesigen Lande deren wahrer Werth nicht genügend im Andenken sey.

Es wird daher hiedurch zur allgemeinen Kunde gebracht, daß gedachte Münzsorten auch fernerweit in den öffentlichen Cassen überall nicht angenommen werden, und übrigenß die Hessischen 1 Gutegroschen-Stücke nicht über 10 Pf. und die doppelten Albus nicht über 15 Pf. Conventions-Geld werth sind, daher ohne Nachtheil des Em-

Neue Auflage.

pfängers nicht höher angenommen werden können. Die einfachen Albus aber sind eine zu geringfügige Scheidemünze, um überall im allgemeinen Verkehr ohne Schaden angenommen werden zu können.

Es wird sich hienach ein jeder selbst vor Nachtheil zu hüten wissen, und wird zum Uebersusse noch den Obrigkeiten der betreffenden Gegenden zur Pflicht gemacht, den Inhalt dieser Bekanntmachung zur vollständigen Kenntniß der ihnen untergeordneten Kreise zu bringen.

Braunschweig, den 3ten August 1818.

Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg.

v. Schmidt-Phiseldorf.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 10. 

Braunschweig, den 21. August 1818.

- (12.) Verordnung, die Eröffnung der niedern Jagd für das laufende Jahr betreffend. Braunschweig, den 17ten August 1818.

G E O R G, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg. &c.

Da bei der für die diesjährige Erndte günstigen Witterung es einer Verlängerung des, zur Eröffnung der niedern Jagd auf den 4ten Septbr. eines jeden Jahres festgesetzten, gewöhnlichen Termins für das Mal nicht bedarf, so soll, von dem gedachten Tage an, die niedere Feld-Jagd im gegenwärtigen Jahre eröffnet werden und

Neue Auflage.

lassen Wir solches zur Nachricht und Nachachtung eines
Jeden, den es betrifft, hiedurch öffentlich bekannt machen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 17ten August 1818.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phisfeld.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 11. ✓

Braunschweig, den 6. October 1818.

- (13.) Bekanntmachung, die diesjährige Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 25ten September 1818.

Zur Erneuerung des Andenkens an den am 18ten October 1813 bei Leipzig erfochtenen glorreichen Sieg und dessen wichtige Folgen für das gesammte Deutsche Vaterland soll auch im gegenwärtigen Jahre, Sonntags den 18ten October, in sämmtlichen Kirchen des hiesigen Landes nach Beendigung des vormittäglichen Gottesdienstes das Danklied „Herr Gott Dich loben wir“ feierlich gesungen werden.

Es haben daher sämmtliche Prediger hienach sich zu achten und das dieserhalb Erforderliche zu veranlassen und werden dieselben zugleich nicht verfehlen, die versammelten Gemeinen auf die Veranlassung und den Zweck

Neue Auflage.

dieser Feierlichkeit auf eine angemessene Weise aufmerksam zu machen.

Braunschweig, den 25sten September 1818.

Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg.

v. Schmidt-Phiseldorf. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 12.

Braunschweig, den 13. October 1818.

(14.) Verordnung wegen der bei Aufnahme der Notariats-Instrumente zu gebrauchenden Siegel. Braunschweig, den 5ten October 1818.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Es sind darüber Zweifel entstanden, ob diejenigen Notarien, welchen nach der Verordnung vom 15ten Januar 1814. §. 12. und den Bestimmungen des §. 8. der Verordnung vom 21sten April desselben Jahres die Notariats-Praxis ferner zu betreiben gestattet worden, auch

Neue Auflage.

jezt noch die Befugniß haben, sich der früheren Römisch-Kaiserlichen Official-Siegel sowohl, als auch der vorschriftsmäßig abgeänderten ehemaligen westphälischen Siegel zu bedienen, oder ob auch diese nach Publikation der leßtern Verordnung gleich den später ernannten provisorischen Notarien verbunden sind, die im §. 5. dieser Verordnung vorgeschriebenen Siegel zu gebrauchen.

Um den nachtheiligen Folgen, welche die verschiedene Auslegung der in dieser Hinsicht erlassenen gesetzlichen Vorschriften auf die Gültigkeit der bisher mit den Siegeln der beiden ersten Arten versehenen Notariats-Instrumente nothwendig haben würde, sowohl in Ansehung der in dieser Art bereits ausgefertigten Notariats-Instrumente als auch für die Zukunft vorzubeugen; so verordnen Wir hiemit:

§. 1.

Alle Notariats-Instrumente, welche von den ältern durch die obengenannten Verordnungen bereits bestätigten Notarien aufgenommen, und von selbigen entweder mit den früheren Römisch-Kaiserlichen oder vorschriftsmäßig umgeänderten vormaligen westphälischen Siegeln versehen

sind, sollen, insofern das Document übrigens keine Mängel hat, als gültig betrachtet werden.

§. 2.

Bis zur Erlassung einer neuen diesen Gegenstand betreffenden Verordnung, soll den vorbenannten ältern Notarien der Gebrauch der im vorigen §. beschriebenen Siegel verstattet seyn, wogegen es sich von selbst versteht, daß die neuen erst nach der Verordnung vom 21sten April 1814 provisorisch ernannten Notarien sich des im §. 5. der gedachten Verordnung vorgeschriebenen Siegels bedienen müssen.

Sämmtliche Gerichte und ein Jeder, den es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 5ten October 1818.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt = Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 13.

Braunschweig, den 28. November 1818.

- (15.) Verordnung die Festsetzung einer Frist zur Einreichung sämmtlicher bislang noch nicht realisirter über die Anleihe vom Jahre 1814 lautender Anweisungen und Zins-Coupons betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten November 1818.

GEORG, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg. &c.

Obgleich der Termin zur Zurückzahlung der vierten und letzten Rate der in Gemäßheit der Verordnung vom 20sten Juli 1814 eröffneten Anleihe bereits mit dem 1sten

Neue Auflage.

August d. J. eingetreten ist und sämmtliche bei dieser Anleihe interessirte Gläubiger von Seiten der Fürstl. General-Casse unterm 8ten Juli d. J. zur Empfangnahme des ihnen zurückzuzahlenden Capitals nebst Zinsen aufgefordert worden sind, so haben dennoch mehrere Inhaber von Anweisungen nicht nur über die gedachte letzte, sondern auch über die früheren Rückzahlungsraten, dieselben zur Realisirung vorzulegen bislang unterlassen. Da jedoch die Ordnung bei dem Cassenwesen es nothwendig erfordert, daß durch Berichtigung sämmtlicher über die erwähnte Anleihe lautender Anweisungen und Zins-Coupons diese ganze Angelegenheit nunmehr beendet werde, so werden die Inhaber solcher Anweisungen und Zins-Coupons hiedurch aufgefordert, dieselben binnen drei Monaten und spätestens bis zum Ende Februar 1819, auf die in der Verfügung des Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii vom 29sten Juli 1814 vorgeschriebene Art bei Fürstl. General-Casse einzureichen und dagegen die ihnen zukommende Zahlung in Empfang zu nehmen, indem die Fürstl. General-Casse nur bis dahin darauf Zahlung zu leisten autorisirt ist; daher denn diejenigen,

welche dieser Aufforderung ungeachtet ihre Anweisungen oder Zins = Coupons vor dem ersten März 1819 bei Fürstl. General = Casse nicht einreichen werden, zu gewärtigen haben, daß Fürstl. General = Casse auf später präsentirte Anweisungen und Zins = Coupons ohne vorgängige besondere, nach den Umständen zu ermessende Verfügung keine Zahlung leisten werde.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 15ten November 1818.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 14.

Braunschweig, den 8. December 1818.

(16.) Verordnung wegen nochmaliger Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken. D. D. Braunschweig, den 1sten December 1818.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Da die besondern Gründe, welche Uns veranlaßt haben, die Frist zur Anmeldung hypothekarischer Rechte durch die Verordnung vom 15ten December 1817 abermals zu prolongiren, auch jetzt noch fortwähren, so wollen Wir die gedachte Frist hiedurch nochmals auf Ein Jahr, also bis zum 31sten December 1819 erstrecken.

Neue Auflage.

Es sollen demnach alle vor dem 1sten Januar 1820 vorschriftsmäßig angemeldete Hypotheken die ihnen zustehende Rangordnung behalten, der Rang sämtlicher später angemeldeter Hypotheken aber sich nach der Zeit der geschehenen Eintragung richten.

Uebrigens hat es bei den in der Verordnung vom 23sten Mai 1814 enthaltenen Bestimmungen wegen der gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken und wegen der der Landesherrschaft oder den öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen auch dies Mal sein Verbleiben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 1sten December 1818.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt = Phiselsbed.
v. Schleinitz.